



Manchmal genügt ein einziges Wort, um Unbehagen auszulösen.

Sippenhaft.

Ein Begriff, der nach Geschichte riecht, nach dunklen Zeiten, nach einem Staat, der nicht mehr fragt, wer was getan hat – sondern nur noch, zu wem jemand gehört. Ein Wort, das man in einer rechtsstaatlichen Demokratie eigentlich nur im Konjunktiv erwarten würde. Als Warnung. Nicht als Werkzeug.

Und doch steht es nun wieder im Raum.

Diesmal nicht in Geschichtsbüchern, sondern in Gerichtssälen. Nicht als Relikt, sondern als Instrument moderner Sicherheitspolitik. Der Sohn dealt, die Mutter verliert die Wohnung. Der Bruder wird verurteilt, die Familie steht vor der Tür. So einfach. So effizient. So erschreckend.

Natürlich, die Argumentation ist geschniegelt wie ein Sonntagsanzug. Es gehe um Ordnung, um Sicherheit, um den Schutz der Nachbarschaft. Um Menschen, die nachts nicht mehr schlafen können, weil unten im Hausflur Geschäfte gemacht werden, die es besser nie gegeben hätte. Der Staat, so heißt es, müsse handlungsfähig bleiben.

Handlungsfähig.

Ein schönes Wort. Es klingt nach Stärke, nach Klarheit, nach Durchgreifen. Aber es hat eine Kehrseite. Denn Handlungsfähigkeit ohne Maß wird schnell zu einem Hammer, der nur noch Nägel sieht.

Und plötzlich sind Familien diese Nägel.

Man könnte fast meinen, Verantwortung sei ansteckend. Wie eine Krankheit, die sich über den Küchentisch verbreitet. Wer zusammen wohnt, haftet gemeinsam – zumindest gefühlt. Juristisch sauber? Vielleicht. Moralisch? Nun ja.

Denn was heißt das konkret?

Eine Mutter, die ihren Sohn nicht mehr erreicht – wird zur Mitverantwortlichen erklärt. Ein Vater, der längst kapituliert hat – wird zum Störer der öffentlichen Ordnung. Menschen, die oft selbst am Rand stehen, werden noch ein Stück weiter hinausgeschoben.

Das nennt man dann Prävention.



## Kommentar: Die neue Sippenhaft – oder wenn Schuld und Strafe plötzlich vererbbar wird

Man darf das ruhig sarkastisch bewundern: Endlich eine Lösung, die gleich mehrere Probleme auf einmal beseitigt. Der Dealer sitzt vielleicht im Gefängnis – und seine Familie gleich mit auf der Straße. Effizienz ist ja schließlich das Gebot der Stunde.

Nur: Was folgt daraus?

Ein Staat, der beginnt, Schuld zu verteilen wie Flugblätter, verliert seine wichtigste Tugend – die Differenzierung. Er hört auf zu unterscheiden zwischen Täter und Umfeld, zwischen Verantwortung und Ohnmacht. Und genau dort beginnt die Schiefelage.

Denn Recht ist kein Kollektivsport.

Es lebt davon, dass es genau hinschaut, dass es trennt, abwägt, zweifelt. Dass es eben nicht sagt: „Ihr gehört zusammen, also haftet ihr zusammen.“ Sondern: Wer hat was getan – und wer eben nicht?

Die Frage ist also nicht nur, wie weit Sippenhaft gehen darf.

Die eigentliche Frage ist, ob ein Rechtsstaat sie sich überhaupt leisten kann.

Oder ob er, während er den Drogenhandel bekämpft, beginnt, etwas viel Wertvolleres zu verlieren.

Seine eigene Idee von Gerechtigkeit.

Ein Kommentar von Daniel Ivers